

Mehr als „nur Haushalt“: NKHR und Niedrigzinsen

Vortrag beim Baden-Württembergischen Kämmererertag
14.03.2017, Stuttgart

NKHR-Evaluation I abgeschlossen

Arbeitserleichterung für die Gemeinden

- Liquiditätssicherung, § 89 GemO
- Erleichterungen bei der Vermögensbewertung für die Eröffnungsbilanz, § 62 GemHVO
- Kritisch zu würdigen, mit Blick auf Umlagefinanzierer:
 - Möglichkeit zur Umbuchung von Ergebniserücklagen in das Basiskapital, § 23 S. 4 GemHVO

Leitfäden und Nachschlagewerke

Die Gemeinde 13/2016



Gemeindetags- Handreichung



Seminare Verwaltungsschule



Weitere Termine: 07/2017

NKHR – Evaluation II

Viel getan – noch viel zu tun?

- Umstellungsprozess ist in der überwiegenden Mehrzahl der Städte und Gemeinden im Gange.
- Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien stellt Erleichterung zum Gesamtabchluss in Aussicht:

Für eine Erleichterung ihrer Aufgabenwahrnehmung ist es wichtig, dass wir die Kommunen von verzichtbaren Formvorschriften befreien und ihnen zusätzliche Werkzeuge an die Hand geben. Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) wollen wir daher dahin gehend weiterentwickeln, dass die Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohner von der verpflichtenden Aufstellung eines Gesamtabchlusses (§ 95 a Gemeindeordnung) befreit werden. Ein erweiterter Beteiligungsbericht soll ausreichend sein, um die notwendigen Steuerungsinformationen bereitzustellen.

- **Erforderlich ist die generelle Freistellung vom Gesamtabchluss.**

Finanzmanagement in der Niedrigzinsphase



Jahres-Chart der Renditen 10jähriger Staatsanleihen aus Deutschland und den USA (weiß: Deutschland, rot: USA)

Finanzmanagement in der Niedrigzinsphase

Verwarentgelte und Vermeidungsstrategien

- Rechtsrahmen zur Geldanlage
 - Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gebietet ertragbringende Geldanlage, § 77 GemO
 - Sicherheit hat Vorrang vor Ertrag, § 91 Abs. 2 S. 2 GemO
 - Einlagensicherungssysteme?



- Spezialregelung zur Anlage in Investmentfonds, § 22 Abs. 3 GemHVO

Rechtsrahmen, § 22 Abs. 3 GemHVO

- (3) Liquide Mittel, die innerhalb des fünfjährigen Finanzplanungszeitraums (§ 9) zur Deckung von Auszahlungen des Finanzhaushalts nicht benötigt werden, können in Anteilen an Investmentfonds im Sinne des Investmentmodernisierungsgesetzes sowie in ausländischen Investmentanteilen, die nach dem Investmentmodernisierungsgesetz öffentlich vertrieben werden dürfen, angelegt werden. Die Investmentfonds dürfen
1. nur von Investmentgesellschaften mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verwaltet werden,
 2. nur auf Euro lautende und von Emittenten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgegebene Investmentanteile,
 3. nur Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung,
 4. keine Wandel- und Optionsanleihen und
 5. höchstens 30 Prozent Anlagen in Aktien, Aktienfonds und offenen Immobilienfonds, bezogen auf den einzelnen Investmentfonds, enthalten.

Die Gemeinde erlässt für die Geldanlage in Investmentfonds Anlagerichtlinien, die die Sicherheitsanforderungen, die Verwaltung der Geldanlagen durch die Gemeinde und regelmäßige Berichtspflichten regeln.

Finanzmanagement in der Niedrigzinsphase

- Aus Sicht des kommunalen Praktikers

- Muster einer Anlagerichtlinie,
Die Gemeinde (BWGZ) 14/2002, S. 526.
- Verbreitung bisher eher gering.
- Intensive Diskussion mit den politisch Verantwortlichen erforderlich.
- Ggf. Thema für kommunale Stiftungen.

Stadtverwaltung Gaggenau

Andreas Merkel

Hauptstraße 71

76571 Gaggenau

E-Mail: a.merkel@gaggenau.de



Gemeindetag Baden-Württemberg

Fabian Müller

Panoramastraße 31

70174 Stuttgart

E-Mail: fabian.mueller@gemeindetag-bw.de



WL BANK

Götz Rinn

Sentmaringer Weg 1

48151 Münster

E-Mail: goetz.rinn@wlbank.de

